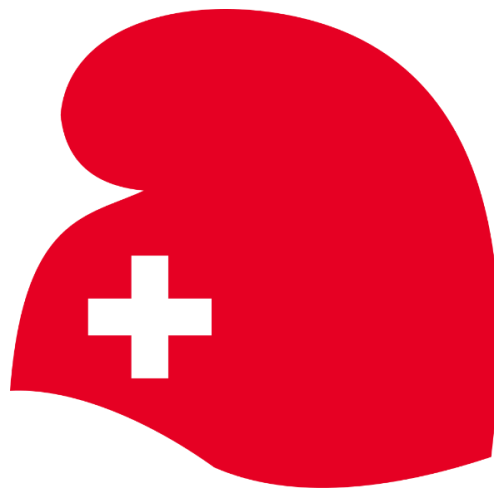


KRIEG DEM KRIEG!

Resolution des ZKs der PdAS



www.pda.ch

**Partei der Arbeit
der Schweiz
14. März 2026**



Inhaltsverzeichnis

Der Kampf für den Frieden und die PdAS.....	3
Die heutige internationale Lage.....	4
Eine neutrale Schweiz im Dienst des Friedens.....	6
Eine kleine und demokratische Armee.....	8
Kürzerer und angemessen bezahlter Zivildienst.....	9
Verbot von Waffenexporten.....	9
Der Kampf um den Frieden ist ein ökologischer Kampf.....	10
Aktiv für den Frieden.....	11



Der Kampf für den Frieden und die PdAS

«Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen» (Jean Jaurès).

§ 1. Der Kapitalismus, der auf Konkurrenz und Profitstreben beruht, erzeugt mit Notwendigkeit Kriege und gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen den Staaten. Der Kampf der imperialistischen Grossmächte um Märkte, Rohstoffe und Einflussphären führt zu militärischen Konflikten, die sich zu einem umfassenden Weltkrieg ausweiten können. Ein dauerhafter Frieden ist nur durch die Überwindung des Kapitalismus und durch den Übergang zum Sozialismus möglich.

§ 2. Die Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS) und ihre Vorgängerorganisationen, die Kommunistische Partei der Schweiz (KPS) und der linke Flügel der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS), sind aus einem grossen Wendepunkt im Kampf für den Frieden hervorgegangen. Die Oktoberrevolution in Russland, die unter anderem im Rahmen des Kampfes gegen den Krieg entstand, sah nur im Sturz des kapitalistischen, kolonialistischen und imperialistischen Systems die Perspektive auf dauerhaften Frieden. Während die meisten Parteien der Zweiten Internationale für die Kriegskredite im Ersten Weltkrieg stimmten, verurteilten und bekämpften Lenin und die Bolschewiki den neuen Krieg im Jahr 1915 scharf.

§ 3. Der Kampf für den Frieden ist untrennbar verbunden mit dem Kampf zur Überwindung des Kapitalismus. Er ist somit eine Basis der kommunistischen Bewegung und unserer Partei.

§ 4. Hinzu kommt eine Erkenntnis, die aus einem längeren Lernprozess in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern gezogen wurde, jedoch bereits bei Lenin zum Ausdruck kam: Die sozialistische Revolution lässt sich nicht militärisch «exportieren», sie muss von den einzelnen Ländern und von ihren Völkern selbst durchgeführt und nicht von aussen mit Gewalt aufgezwungen werden. Auf dieser Grundlage entstand das Leitprinzip der friedlichen Koexistenz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme, das die Nichteinmischung, in erster Linie die militärische und ökonomische, in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und die Wahrung des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu wichtigen Grundsätzen der internationalen Beziehungen erhob.

§ 5. Das Aufkommen von Massenvernichtungswaffen ab dem Ende des Zweiten Weltkriegs bestärkte die Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz, was auch von einem Teil der Bourgeoisie anerkannt wurde. Dennoch bleibt die Verletzung oder Behinderung der Souveränität und Unabhängigkeit anderer Völker eine gängige Praxis der Grossmächte, um ihre politische und wirtschaftliche Vorherrschaft zu sichern. Auf diese Weise festigen sie ihre Hegemonie und erhalten ihre neokoloniale Kontrolle, hauptsächlich über die Länder des Globalen Südens.

§ 6. Es war einer der schwerwiegendsten Fehler des sowjetischen Lagers, dass es das Prinzip der friedlichen Koexistenz verabsolutierte und sich Illusionen über die Friedensfähigkeit des Imperialismus gemacht hat. Es ist klar, dass Frieden für die imperialistischen Kräfte letztlich immer nur die Vorbereitung auf den nächsten Krieg bedeutet und sie stets versuchen werden, alle Prinzipien der friedlichen internationalen Beziehungen und des Völkerrechts zu



untergraben. Die Wahrung des Prinzips der friedlichen Koexistenz liegt jedoch im Interesse der übergrossen Mehrheit der kleineren, schwächeren Staaten sowie der ausgebeuteten, abhängigen Nationen, der sozialistischen Länder und von Teilen der Bourgeoisie.

§ 7. Aus ihrer Geschichte, den grossen Errungenschaften und den Fehlern der kommunistischen Bewegung zieht die PdAS folgende Schlüsse: Der Kampf für den Frieden ist in erster Linie der Kampf gegen den Kapitalismus im eigenen Land, der die Ursache von gewalttätigen Konflikten und Kriegen ist. Der Kampf für den Frieden bedeutet gleichzeitig die Bekämpfung aller Formen von Militarismus, Imperialismus und (Neo-)Kolonialismus.

§ 8. Die Befolgung des Prinzips der friedlichen Koexistenz und unser Engagement für den Frieden bedeuten für uns nicht, dass wir die Legitimität des bewaffneten Kampfes leugnen. Wir unterstützen die Völker, die mit Waffen in der Hand kämpfen, um ihre Unabhängigkeit gegenüber den imperialistischen Mächten zu verteidigen, um ihre Befreiung zu erlangen und um eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen.

Die heutige internationale Lage

§ 9. Nach dem Ende des Kalten Krieges setzten sich die USA als führende Macht in einer fast unipolaren Welt durch. Die Folge war eine Vormachtstellung der USA auf politischer und ideologischer Ebene und ein scheinbarer Sieg des kapitalistischen Systems über den Sozialismus und die «Dritte-Welt-Ideologie». Der liberale Internationalismus (auch Menschenrechtsimperialismus genannt), also die Verbreitung der westlichen, liberalen Demokratie und der Marktwirtschaft (oftmals mit Waffengewalt) wurde von Neokonservativen als Strategie zur Wahrung der Übermacht der USA begrüsst.¹ Gleichzeitig gewann er auch unter Linken viele Unterstützer:innen, die ihn als Weg zu einer friedlichen Welt betrachteten.

§ 10. Der liberale Internationalismus führte zu einer breiten Allianz, der sich nicht nur Mitte-links-Parteien, Liberale und Neokonservative, sondern sogar Teile der radikalen Linken und der Friedensbewegung anschlossen. Jugoslawien war der Startschuss für eine neue Interventionspolitik des Westens. Dabei wurde der NATO-Krieg in Jugoslawien (1999) teilweise auch von Linken und Friedensgruppen als «humanitäre Intervention» befürwortet. Es folgten viele weitere Interventionskriege, dargestellt wurden sie aber immer als humanitäre Missionen oder sogar als Friedensprojekte.

§ 11. Unter dem Deckmantel von Demokratie und Frieden wurde das neokonservative Projekt vorangetrieben: jedes Aufkommen von autonom agierenden Staaten, die sich der Hegemonie der USA widersetzen und nach einer unabhängigen Entwicklung strebten, sollte gestoppt werden. Insbesondere die Länder des Globalen Südens sollten in neokolonialer Abhängigkeit gehalten werden, doch auch die ehemaligen sozialistischen Staaten gerieten ins Visier. So kam es neben der Zerstückelung Jugoslawiens auch zur forcierten Einführung des kapitalistischen

¹ Es etablierte sich eine liberale Hegemonie, in der die USA unter dem Vorwand der Menschenrechte und der Demokratieförderung überall militärisch intervenierten, wo man ihre Vorherrschaft in Frage stellte. Deshalb sind auch andere Bezeichnungen wie liberaler Imperialismus oder Menschenrechtsimperialismus aufgekommen.



Systems in Russland (Schocktherapie), das nun ebenfalls Gefahr lief, in die Abhängigkeit der USA zu geraten.

§ 12. Doch in Ländern wie Russland, China und anderen Staaten regte sich Widerstand. Das verarmende Russland stabilisierte nach Putins Amtsantritt und die wirtschaftliche Lage verbesserte sich langsam. Der wirtschaftliche Aufstieg der Volksrepublik China und die Stärkung der BRICS-Staatengruppe stellen keine bloße Konkurrenz zwischen Mächten dar, sondern den Motor eines Übergangs zu einer multipolaren Welt. Dieser Prozess bietet erstmals seit dem Ende der Sowjetunion eine konkrete Alternative zur unipolaren Hegemonie der Vereinigten Staaten und ermöglicht es den Ländern des Globalen Südens, sich dem neokolonialen Druck zu entziehen und unabhängige Entwicklungswege zu verfolgen. Angesichts dieser neuen Konkurrenz und der Infragestellung der US-Hegemonie mobilisierten die USA ihre europäischen Verbündeten zu einem neuen Kalten Krieg gegen diese Länder. Man stellte sie als autokratische Achse dar, die die liberalen Demokratien des Westens bedrohen.

§ 13. Dies wird als Vorwand für Einmischungsversuche jeder Art genommen, von Erpressungen bis zu Militärinterventionen und Wirtschaftskriegen, ist ein Merkmal des Imperialismus. Die Bourgeoisie muss neue Absatzmärkte für ihre Waren finden, da die nationalen Märkte gesättigt sind. Diese Notwendigkeit führt zu einer Kriegspolitik, um die nationalen Volkswirtschaften anzukurbeln, was zu regionalen Allianzen der Bourgeoisie führt, die sich zu Blöcken zusammenschliessen.

§ 14. Die im Dezember 2025 veröffentlichte Nationale Sicherheitsstrategie (NSS) der USA markiert einen wichtigen politischen Wendepunkt, indem sie die totale Vorherrschaft der Vereinigten Staaten über die westliche Hemisphäre bekräftigt und jeglichen Anspruch der US-Regierung auf die Unterstützung von Demokratie oder Menschenrechten aufgibt. Davon zeugen der Angriff auf Venezuela und Iran und die Drohungen gegen Grönland, Kuba, Kolumbien und Mexiko. Trotz dieser Veränderung rechtfertigen die europäischen Regierungen diese Interventionen teilweise weiterhin mit den alten Argumenten der Menschenrechte und der Demokratie (ganz im Einklang mit der Tradition des Menschenrechtsimperialismus). Die unterwürfige Haltung der EU und der europäischen Regierungen ist heute noch offensichtlicher.

§ 15. Die gegenwärtige Schwäche der Friedensbewegung akzentuiert die ohnehin schwierige geopolitische Lage. Seit dem Ende des Kalten Krieges konnte sie – mit wenigen Ausnahmen, insbesondere im Rahmen des Irakkriegs – nicht mehr zu einer wirklichen Massenbewegung werden. Heute ist sie gespalten. Ein Teil der sogenannten Linken und der Friedensbewegung lehnt es ab, den antikolonialen Kampf von Ländern wie Kuba und Venezuela sowie das Recht auf Souveränität von China, Russland oder dem Iran anzuerkennen. Sie verfallen der liberalen Analyse von «Demokratie vs. Autoritarismus» und ignorieren den systemischen Charakter dieser Konflikte. Dies führt beispielsweise dazu, dass sie die Realität des Stellvertreterkriegs des Westens gegen Russland nicht anerkennen, in dem die Ukraine für die Interessen des westlichen Imperialismus instrumentalisiert wird.



§ 16. Die PdAS verurteilt die Rolle, die die Schweiz in den neuen Kriegen eingenommen hat. Sie verurteilt Wirtschaftskriege, Destabilisierungsversuche, Invasionsdrohungen und imperialistische Kriege und bekräftigt ihre aktive Solidarität mit den Völkern und sozialen Bewegungen. Sie verurteilt jeden Versuch, eine neokoloniale Hegemonie durchzusetzen und sich Ressourcen anzueignen, die den Völkern gehören.

§ 17. Obwohl sie sich als Gegenpol zur staatlichen Propaganda präsentieren, sind die bürgerlichen Medien, die Informationen nur als gewinnbringendes Produkt behandeln, ein wesentliches Rädchen im Getriebe des Imperialismus – insbesondere durch eine selektive und verzerrte Darstellung von Informationen zugunsten des Kapitalismus und seiner Kriege, ja sogar durch die Verbreitung falscher Informationen und die Praxis des historischen Revisionismus, die zur Stärkung des Faschismus beitragen. Dies gilt auch für soziale Netzwerke, deren Eigentümer bestimmen, was dort gesagt und verbreitet werden darf. Frieden zwischen den Völkern erfordert Dialog, Transparenz und Informationen, die unabhängig von Staaten und kapitalistischen Interessen sind, und somit Medien, die nicht allein der Logik des Profits folgen.

§ 18. Die PdAS wird weiterhin in der Schweiz und international mit allen Organisationen zusammenarbeiten, die ehrlich für Frieden zwischen den Völkern und gegen Imperialismus und (Neo-)Kolonialismus kämpfen.

Eine neutrale Schweiz im Dienst des Friedens

§ 19. Die Partei der Arbeit der Schweiz setzt sich seit jeher für eine soziale, friedliche und solidarische Schweiz ein. Sie kritisierte die Schweizer Armee und setzte sich für Abrüstung ein, als diese noch als «heilige Kuh» betrachtet wurde (zum Beispiel im Rahmen der Chevallier-Initiative im Jahr 1955, zur Reduzierung der Militärausgaben). Sie setzte sich für die Einführung des Zivildienstes und gegen Waffenexporte ein, obwohl diese Themen damals noch wenig Resonanz in der Gesamtbevölkerung hatten.

§ 20. Angesichts der geografischen Lage der Schweiz, mitten im westlichen Block und umgeben von imperialistischen Mächten und NATO-Mitgliedern entschloss sich die PdAS schon früh, das Prinzip der Neutralität zu befürworten. Sie tut das jedoch aus anderen Gründen als die bürgerlichen Befürworter, für die Neutralität einfach «Geschäfte machen mit allen» bedeutet. Die unglaubliche Neutralitätspolitik der Schweiz führte dazu, dass sie sich zuerst klar im westlichen Block positionierte und seit dem Ende des Kalten Krieges durch die Unterstützung der politischen Agenda der USA im Globalen Süden jede Glaubwürdigkeit verloren hat. So hat sie beispielsweise die völkerrechtswidrigen einseitigen Sanktionen der EU gegen unabhängige Länder übernommen, während die Völkerrechtsbrüche des kollektiven Westens, insbesondere der USA, ignoriert wurden.

§ 21. Die PdAS versteht unter Neutralität eine blockfreie Schweiz, die die imperialistische Politik des Westens nicht mitträgt und den neuen Kalten Krieg gegen China und Russland nicht unterstützt. Eine Schweiz, die sich diplomatisch aktiv für die friedlichen Lösung von Konflikten einsetzt und die keine Zusammenarbeit mit militärischen Bündnissen pflegt.



§ 22. Deshalb fordert die PdAS ein Ende jeglicher Zusammenarbeit mit Militärbündnissen, insbesondere mit der NATO. Die letzten Jahre waren von einer stetigen Annäherung an dieses imperialistische Kriegs Bündnis gekennzeichnet. In Genf wurde ein ständiges Verbindungsbüro eröffnet und gleichzeitig kommt es zu einer wachsenden militärischen Zusammenarbeit im Rahmen von Sky Shield, PESCO und ReArm Europe. Ein vom Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) in Auftrag gegebener und veröffentlichter Bericht (2025) empfiehlt unverblümt, die Neutralitätspraxis zu lockern, um uns an die NATO anzunähern, indem sich die Schweiz aktiver an den Militärmanövern des Bündnisses beteiligt und Waffenexporte in grösserem Umfang genehmigt. Wir müssen das Ausmass dieser Situation und die Katastrophe, die sie für die künftigen Generationen unseres Landes mit sich bringen wird, insbesondere das Risiko, dass sie in einem künftigen grossen Krieg unter der Flagge der NATO geopfert werden, anprangern.

§ 23. Als neutrales Land sollte die Schweiz zudem die multilateralen Institutionen, allen voran die UNO, stärken. Diese sind für die diplomatische Lösung von Konflikten bestimmt und verfügen im Gegensatz zu einseitigen Institutionen wie der NATO oder der EU über eine gewisse weltweite Legitimität. Darüber hinaus sollte ein neuer KSZE-Prozess (also in der Tradition der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) ins Leben gerufen werden, um einen neuen Friedensprozess in Europa unter Beteiligung Russlands zu initiieren.

§ 24. Heute beteiligt sich die Schweiz durch Waffenlieferungen, die Übernahme einseitiger, völkerrechtswidrigen Sanktionen und Aufrüstung an den Kriegsprojekten. Die Wirtschaftskriege (Sanktionen) der EU und der USA zielen nur vordergründig auf die Förderung von Menschenrechten und Demokratie ab; ihr eigentliches Ziel ist die Wahrung der hegemonialen Stellung der USA. So richten sich die Sanktionen nur gegen jene Länder, die eine eigenständige Aussenpolitik verfolgen.

§ 25. Wirtschaftssanktionen sind ein Instrument der imperialen Disziplinierung. Sie werden als legitimes Mittel dargestellt, um völkerrechtliche Normen durchzusetzen, doch ihre tatsächliche Wirkung ist eine andere: Sie verletzen die Souveränität der betroffenen Länder und greifen tief in deren innere Angelegenheiten ein. Zugleich treffen sie in erster Linie die ärmsten Bevölkerungsschichten, deren Lebensgrundlagen sie zerstören, während die herrschenden Eliten sich dieser Form der Disziplinierung oft zu entziehen wissen. Die Sanktionen offenbaren damit den Widerspruch des internationalen Systems selbst: Es spricht den ehemals kolonisierten Staaten formal die volle Souveränität zu, unterwirft sie aber weiterhin einem Regime der Abhängigkeit und Kontrolle. Dennoch steht die Schweiz mit der mechanischen Anwendung illegaler EU-Sanktionen, beispielsweise gegen Venezuela und Nicaragua, und der Übernahme des 15. Sanktionspakets gegen Russland und Belarus an vorderster Front dieser Massnahmen.² Dies hat auch negative Folgen für die europäische Bevölkerung, die aufgrund dieser Sanktionen vor allem in den Bereichen Energie und Ernährung mit drastischen Preissteigerungen rechnen muss. Kuba bleibt mit der Durchsetzung der Blockade durch Schweizer Banken ebenfalls nicht unberührt.

§ 26. Heute setzt sich die PdAS für die Aussenpolitik das Ziel einer blockfreien Schweiz, die durch ihre Neutralität gegen die neue Blockkonfrontation ankämpft und der Diplomatie den

² [Sanktionsmassnahmen](#), konsultiert am 24.01.2026.



Vorrang gibt. Neutralität soll auch eine solidarische Haltung gegenüber den Ländern des Globalen Südens und eine Annäherung an die Bewegung der blockfreien Staaten bedeuten sowie einen konstruktiven Dialog mit den neuen multipolaren Realitäten (wie den BRICS). Die Schweiz muss anerkennen, dass der Weltfrieden im 21. Jahrhundert von der Demokratisierung der internationalen Institutionen und der Unterstützung einer Weltordnung abhängt, die auf der friedlichen Koexistenz verschiedener Gesellschaftssysteme beruht, und dabei die von Washington aufgezwungene Logik gegensätzlicher Blöcke zurückweisen. Die PdAS versteht eine neutrale Schweiz als eine Kraft für friedliche Konfliktlösung und Solidarität mit den unterdrückten Völkern.

Eine kleine und demokratische Armee

§ 27. In der Schweizer Linken wurde schon oft von der Abschaffung der Armee gesprochen. Die PdAS ist sich bewusst, dass die Armee in der Vergangenheit wiederholt als Instrument der inneren Unterdrückung durch die Bourgeoisie eingesetzt wurde, und steht der Armee in ihrer aktuellen Form kritisch gegenüber. Dies bedeutet jedoch nicht, dass eine Abschaffung der Armee in der aktuellen Situation wünschenswert wäre. Denn derzeit würde dies zu einer vollständigen Unterordnung unter das imperialistische und aggressive NATO-Bündnis führen.

§ 28. Die PdAS fordert daher eine grundlegende Reform der Armee. Heute ist sie ein Ort staatlicher Propaganda und ein weiterer Lebensbereich, in dem eine willkürliche Diktatur herrscht, die die Menschen zu oftmals nutzlosen Aufgaben zwingt. Deshalb fordert die PdAS in erster Linie eine vollumfängliche Demokratisierung der Armee. Auch in diesem Bereich braucht es eine Ausweitung der Mitbestimmung und der demokratischen Rechte. Die Milizsoldaten sollten nicht nur bei den Aktivitäten Mitspracherecht haben, sondern auch ihre Vorgesetzten nach Kriterien der Kompetenz und der menschlichen Qualitäten bestimmen können.

§ 29. Die PdAS stellt sich gegen die fortschreitende Einbindung von Frauen in die Armee. Unter dem Vorwand der Geschlechtergleichheit und der Emanzipation der Frauen wird der Militarismus vorangetrieben. Frauen übernehmen in unserer Gesellschaft nach wie vor den Grossteil der unbezahlten Arbeit und sind oftmals in prekären Sektoren wie der Pflege beschäftigt. Eine zusätzliche Last im Rahmen der Armee würde keine Gleichheit schaffen, sondern die Diskriminierung von Frauen weiter verschärfen. Die Militarisierung der Gesellschaft kann die Emanzipation von Frauen oder anderen Bevölkerungsgruppen unter keinen Umständen voranbringen.

§ 30. Neben der Demokratisierung der Armeestrukturen braucht es auch eine fortschreitende Reduktion des Militärbudgets. Das Militär muss eine minimale Verteidigung der Schweizer Grenzen gewährleisten. Der Kauf von Kampfflugzeugen, die zum Angreifen und Abwerfen von Bomben gedacht sind, ist für eine rein defensive Armee nutzlos.

§ 31. Nicht zuletzt fordert die PdAS einen Einsatz der Schweiz für die Errichtung eines atomwaffenfreien Europas und für die weltweite nukleare Abrüstung.



Kürzerer und angemessen bezahlter Zivildienst

§ 32. Der Zivildienst ist eine Errungenschaft eines langen Kampfes der Linken in der Schweiz. Während des Kalten Krieges, geprägt von der «Geistigen Landesverteidigung» und dem Primat der Armee als identitätsstiftende Institution, kämpfte die PdAS und andere linke Organisationen vergeblich um die Einführung eines Ersatzdienstes für Militärdienstverweigerer. Erst nach dem Ende des Kalten Krieges war das politische Klima reif für die Einführung des Zivildienstes, die im Jahr 1992 beschlossen wurde. Bis heute ist der Zivildienst jedoch keine freie und ebenbürtige Wahl, sondern wird mittels Zulassungsgesuch und Tatbeweis (1,5-mal längerer Dienst als das Militär) geregelt. Zudem ist der Zivildienst neuen Angriffen ausgesetzt, da die bürgerlichen Kräfte ihn wieder stärker einschränken möchten, um die Militarisierung voranzutreiben.

§ 33. Die Partei der Arbeit der Schweiz stellt sich vehement gegen die geplanten Rückschritte bei der Wahl des Zivildienstes, und fordert vielmehr, dass die freie Wahl des Dienstes garantiert werden muss, und dass die Institution des Zivildienstes selbst weiter verbessert werden muss. Bis heute müssen Zivildienstleistende einen längeren Dienst als Militärdienstleistende absolvieren, obwohl ihr Beitrag insbesondere im sozialen und ökologischen Bereich nützlicher ist. Hinzu kommt die finanzielle Ausbeutung der Zivildienstleistenden, die einen mageren Sold erhalten und somit gerade in Tieflohnsektoren für Lohndumping ausgenutzt werden können.

§ 34. Die PdAS wird sich weiterhin für das Recht auf Militärdienstverweigerung einsetzen. Der alternative Zivildienst sollte jedoch die gleiche Dauer wie der Militärdienst haben und angemessen entlohnt werden, d. h. es sollte ein Lohn gezahlt werden, der dem jeweiligen Sektor entspricht. Der Zivildienst darf keinesfalls für Lohndumping ausgenutzt werden.

Verbot von Waffenexporten

§ 35. Private Rüstungskonzerne unterliegen in der kapitalistischen Marktwirtschaft dem strukturellen Zwang zu Wachstum und Profitmaximierung. Dieser Profitzwang erzeugt eine strukturelle Notwendigkeit, die Nachfrage nach Waffensystemen kontinuierlich zu steigern. Neue Kriege und bewaffnete Konflikte stehen somit unabdingbar im Interesse von privaten Rüstungsfirmen. Die Konkurrenz zwischen den Rüstungsfirmen zwingt diese dazu, ständig neue Applikationen zu entwickeln, welche sich in ihre Schlagkraft, Technologie und Preisangebot zu übertrumpfen versuchen.

§ 36. Die kapitalistische Waffenproduktion entfaltet somit eine ökonomische Kettenreaktion: Sie steigert als Beispiel den Bedarf an Rohstoffen wie Eisen oder Kobalt, steuert den Kurs technologischer Innovationen, finanzkapitalistischer Investitionen und lässt ein umfassendes ökonomisches Umfeld entstehen, dessen Rentabilität massgeblich von militärischer Produktion abhängt. Extraktivismus, Arbeitsausbeutung, die fortwährende Militarisierung internationaler Beziehungen und opportunistische Kriegstreiberei erscheinen in dieser Perspektive als systemische Begleiterscheinungen einer auf Profit ausgerichteten



Rüstungsökonomie. Der Staat fungiert dabei nicht neutral, sondern wird als zentraler Akteur in die Sicherung und Förderung dieser ökonomischen Interessen eingebunden.

§ 37. So wird in Zeiten eines virulenten Militarismus neben dem Zivildienst auch die nach dem Prinzip der Neutralität beschränkte Waffenausfuhr angegriffen. Sowohl bürgerliche Parteien als auch ein Teil der reformistischen Linken haben sich für die Erleichterung von Waffenexporten ausgesprochen. Die einen begründen dies mit wirtschaftlichen Perspektiven, andere hingegen sehen es als Notwendigkeit für die «Verteidigung der Demokratie» in der Ukraine (gemäss den Prinzipien des liberalen Internationalismus).

§ 38. Die PdAS stellt sich mit aller Konsequenz gegen jede Liberalisierung der Waffenexporte. Diese würde nicht nur zur Unglaubwürdigkeit der schweizerischen Neutralität beitragen, sondern auch mehr Krieg und Tod mit Schweizer Waffen bedeuten. Da eine solche Liberalisierung zudem in erster Linie westliche imperialistische Mächte zugutekommen würde, würde Schweizer Kriegsmaterial insbesondere zur Erhaltung der US-Hegemonie und der (neo-)kolonialen Unterdrückung des Globalen Südens dienen.

§ 39. Die PdAS spricht sich grundsätzlich gegen Kriegsmaterialexporte aus, befürwortet eine Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und fordert eine begrenzte Produktion, die ausschliesslich der Deckung des Bedarfs in der Schweiz dient. Mit Waffen darf kein Profit gemacht werden. Als neutrales Land muss die Schweiz vielmehr dafür sorgen, dass weniger Kriegsmaterial im Umlauf ist, und diplomatisch eingreifen, um die Nutzung des besagten Materials zu verhindern.

§ 40. Die PdAS verurteilt, dass sich einige Parteien des linken Spektrums, wie die Sozialdemokratische Partei und die Grünen, zumindest teilweise auf die militaristische Wende in Europa eingelassen haben.

Der Kampf um den Frieden ist ein ökologischer Kampf

§ 41. Während der Krieg gegen ausgewählte Feinde vorbereitet wird, verlieren die dringenden ökologischen Probleme in der etablierten Politik an Bedeutung. Dabei verstärken bereits jetzt jeder Krieg und die Aufrüstung die Klimakrise. Auch die Schweizer Regierung ignoriert nicht nur den imperialistischen Charakter militärischer Interventionen. Sie nimmt sogar zumindest passiv daran teil und schweigt zu deren katastrophalen ökologischen Folgen.

§ 42. Gerade heute, da die Klimakatastrophe immer sichtbarer wird und internationale Zusammenarbeit sowie finanzielle Mittel zum Erhalt eines lebenswerten Planeten dringend benötigt werden, setzt der Imperialismus auf Konflikt. Auch die Schweizer Regierung erhöht die Militärausgaben rasant und begründet dies mit «Verteidigungsfähigkeit». Der Kauf von Kampfjets, die für das Abwerfen von Bomben und militärische Angriffe konstruiert sind, zeigt jedoch, dass das Ziel «Kriegsfähigkeit» heisst. Um die Mehrausgaben für Aufrüstung zu stemmen, spart die Regierung auch bei den ohnehin zu geringen Mitteln zur Bekämpfung des Klimanotstands.

§ 43. Schon die Existenz des Militärs an sich verursacht Klimaschäden. Ein paar Fakten: Eine F/A 18 verbraucht 4850 Liter Kerosin pro Flugstunde. Eine Flugstunde kostet 50'750 Franken



und entspricht 12,2 Tonnen CO₂eq Emissionen.³ Das ist knapp weniger als die jährliche Pro-Kopf-Emission der Schweizer Bevölkerung, die laut BAFU, dem Bundesamt für Umwelt, 2021 bei ca. 13 Tonnen lag.⁴

§ 44. Die PdAS setzt sich auch aus ökologischen Gründen gegen Militarismus, für globale Abrüstung und Frieden ein. Dies ist ein ebenso ökologischer wie antiimperialistischer Kampf.

Aktiv für den Frieden

§ 45. Angesichts des sich verschärfenden Militarismus in Europa braucht es heute mehr denn je eine Bewegung, die sich konsequent gegen Krieg und Imperialismus einsetzt. Die Partei der Arbeit der Schweiz sieht sich als integraler Bestandteil der Friedensbewegung und fordert eine Schweiz im Dienst des Friedens. Dafür dringend nötig sind:

- 1) Die Bekämpfung des Imperialismus und Kapitalismus und der damit verbundenen wirtschaftlichen und militärischen Kriege und Interventionen.
- 2) Die Hochhaltung des Prinzips der friedlichen Koexistenz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme und die Etablierung einer internationalen Zusammenarbeit auf Augenhöhe.
- 3) Die Umsetzung einer neutralen Schweiz, die sich gegen Krieg und Imperialismus stellt und solidarisch mit den Ländern des Globalen Südens ist.
- 4) Das Ende jeder Zusammenarbeit mit der NATO und anderen Militärbündnissen.
- 5) Den Verzicht auf einseitige Sanktionen, die die Völker verarmen und die Neutralität untergraben.
- 6) Eine nachhaltige Reduktion der Militärausgaben, die sich nach einer minimalen Verteidigung der schweizerischen Souveränität richten sollten.
- 7) Eine breite Demokratisierung der Armee, im Rahmen des Möglichen.
- 8) Die Verkürzung des Zivildienstes auf die gleiche Länge wie der Militärdienst und eine angemessene Bezahlung der Zivildienstleistenden, um Lohndumping zu verhindern.
- 9) Das Verbot von Waffenexporten.
- 10) Die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags (TPNW)
- 11) Die Verstaatlichung von Rüstungsfirmen, welche ehemals zu den öffentlich-rechtlichen Bundesbetrieben zugehörig waren (z.B. die RUAG).
- 12) Aktive Förderung von Kultur-, Wissenschafts- und Handelsabkommen mit den Ländern des BRICS+-Raums sowie mit Kooperationsorganisationen des Globalen Südens.

§ 46. Die PdAS hat dabei folgende zentrale Aufgaben:

- Die PdAS beteiligt sich an den Kämpfen gegen die Bestrebungen, die Gesellschaft zu militarisieren, die Schweiz weiter in den NATO-Militärblock zu integrieren und die Armee immer weiter aufzurüsten. Dazu gehört unter anderem der Kampf gegen Sparprogramme zugunsten des Militärs und gegen die Angriffe auf den Zivildienst.

³ <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20193293>, konsultiert am 24.1.2026.

⁴ <https://www.bafu.admin.ch/de/zustand-klima>, konsultiert am 24.1.2026.



- Sie verbreitet unter den Lohnabhängigen der Schweiz das Bewusstsein für den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Krieg und klärt über die Gefahr des Imperialismus für den Weltfrieden auf. Sie propagiert unter allen Armeeingehörigenden Gedanken, dass das Militär keinesfalls gegen Streikende und Protestierende im Innern eingesetzt werden darf.
- Sie beteiligt sich daran, eine starke Friedensbewegung in der Schweiz aufzubauen. Sie verbreitet darin antikapitalistische, antimilitaristische und antiimperialistische Positionen und stärkt die Verbindungen zu den internationalen Solidaritätsorganisationen sowie zu den Gewerkschaften.
- Die PdAS setzt sich zum Ziel, die Arbeiter:innen der Schweiz für Aktionen für den Frieden zu mobilisieren: durch die Organisierung und Propagierung von Streiks, Blockaden, zivilem Widerstand gegen Waffentransporte, gegen die Verstrickungen von Schweizer Unternehmen in militärische Konflikte und schlimmstenfalls gegen die Beteiligung der Schweiz an den imperialistischen Kriegen.

Kein Krieg zwischen den Völkern, kein Frieden zwischen den Klassen!